

Berlin, 22.03.2018

Sehr geehrte Frau Scheeres,
sehr geehrter Herr Rackles,
sehr geehrter Herr Langenbrinck,
nachrichtlich an Herrn Pieper,

wir möchten in diesem Schreiben die Sicht des Neuköllner Personalrates auf die Umsetzung der Brennpunktzulage darstellen.

Der Bezirk Neukölln ist mit 22 Schulen berlinweit Spitzenreiter bei der Vergabe der Brennpunktzulage. Im Folgenden wollen wir Feedback aus der Praxis geben:

*Erzieher*innen*

Grundsätzlich müssen wir feststellen, dass es rückblickend günstiger gewesen wäre, die Höhergruppierung der Erzieher*innen wäre über eine Art Antragswesen realisiert worden. Viele Erzieher*innen beschwerten sich in unserer Personalratssprechstunde darüber, dass durch die Höhergruppierung über ihren zukünftigen Einsatz bzw. ihre zukünftige Funktion entschieden wurde, ohne ihre Einwilligung vorher einzuholen.

Darüber hinaus konnte auch Herr Rackles den Kolleg*innen in seinen schriftlichen Ausführungen (11.02.2019) zu einer Anfrage der GEW bisher nicht die Ungewissheit nehmen, welche Rechtsfolgen eintreten werden, wenn es zu einer Änderung der Einstufung einer Schule kommt.

Nicht berücksichtigte Beschäftigtengruppen

Aufgrund vermehrter Anfragen in unserer Sprechstunde, möchten wir an dieser Stelle auf die Beschäftigtengruppen hinweisen, die keine Berücksichtigung gefunden haben:

- das gesamte nicht-pädagogische Personal (Sekretär*innen, Verwaltungsleitungen, Werkstatteleitungen),
- Erzieher*innen, die bereits aufgrund besonderer Aufgaben die E 9 erhalten (koordinierende Erzieher*innen, Fachlehrer*innen für Integration) und
- Betreuer*innen.

Dies erzeugt erheblichen Unmut bei den betroffenen Kolleg*innen.

Lehrkräfte

Darüber hinaus wurden einige Schulen nicht berücksichtigt, die in Wohngebieten mit erhöhter Armutsgefährdung liegen.

Insgesamt scheint eine lmb-Quote von 80 % als einzige Bemessungsgrundlage dazu zu führen, dass zu wenig Schulen von der Brennpunktzulage profitieren.

Schwer getroffen hat es Gemeinschaftsschulen, die zwar in der Grundstufe eine geringere lmb-Quote aufweisen, jedoch in der Oberstufe eine nachgewiesene hohe lmb-Quote von über 80 % haben. Womit die Oberstufe dann leider aufgrund der gemeinsamen Berechnung als Gemeinschaftsschule nicht von der Zulage profitieren kann.

Auch in Europaschulen ergibt sich eine ähnliche Problematik bei der gemeinsamen Berechnung von Regel- und Europaschulzweig.

Dieser Sachverhalt wird der engagierten Arbeit der Kolleg*innen an diesen Schulen nicht gerecht.

In diesem Zusammenhang stellt sich uns folgende Frage, vorausgesetzt die Zulagen-Regelung wird verlängert:

Auf welcher Basis soll in Zukunft die Zulage erhoben werden, wenn die Ermittlung der lmb-Quote an Grundschulen bereits aufgehoben wurde?

Es ist daher unabdingbar, dass die bestehende Regelung überdacht wird und in Zukunft differenziertere Bemessungsfaktoren Berücksichtigung finden.

Abschlussbetrachtung

Darüber hinaus betrachten wir als Personalrat andere Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Arbeit an sogenannten „Brennpunktschulen“ als sinnvoller, die Arbeitszufriedenheit der Kolleg*innen zu steigern sowie eine gute pädagogische Arbeit an den Schüler*innen garantieren zu können.

Hierzu möchten wir auf den Beschluss 2 unserer Personalversammlung vom Dezember 2019 hinweisen.

2. Stärkung der Schulen in schwieriger Lage

Die Personalversammlung fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf, die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an Schulen in schwieriger Lage verlässlich zu verbessern. Die beabsichtigte Zahlung einer Zulage für Beschäftigte an „Brennpunktschulen“ kann nur ein erster Schritt sein, aber auch wirklich nur, wenn alle Beschäftigtengruppen an diesen Schulen mitberücksichtigt werden.

Die Personalversammlung fordert darüber hinaus:

- garantiert kleine Klassen- /Gruppengrößen,
- Unterstützung bei der Ausbildung von Nachwuchs,
- eine auskömmliche Ausstattung mit Fachpersonal im pädagogischen und nicht-pädagogischen Bereich,
- eine spürbare Senkung der Arbeitszeit,
- Zahlung einer Zulage für alle Beschäftigten an Schulen in schwieriger Lage.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrike Ulrich

08 I PR-Vorstand